

Schriftlicher Bericht

Bericht des BMUV zur „Novellierung des Hochwasserschutzes im Wasserhaushaltsgesetz“

Berichterstatte: Bund

Unter Vorsitz des LAWA-Ausschusses Recht wurde in einer länderoffenen LAWA-Kleingruppe mit Beteiligung des BMUV das Positionspapier „Verbesserung des rechtlichen Rahmens des Hochwasserschutzes“ erarbeitet und auf der 166. LAWA-Vollversammlung am 26./27.09.2023 in Berlin beschlossen.

Das Positionspapier enthält konkrete fachliche und rechtliche Vorschläge zur Verbesserung des rechtlichen Rahmens des Hochwasserschutzes.

Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und der -senator der Länder haben unter TOP 25 der 101. UMK den Bund gebeten, auf Grundlage dieses Positionspapiers mögliche zeitnah ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten, um einen verbesserten Schutz vor Starkregen- sowie Hochwasserereignissen zu verankern.

Das BMUV kommt dieser Erwartung nach und erarbeitet zurzeit einen Gesetzentwurf. Zu den besonderen Herausforderungen dieser Novelle dürfte jedoch der knappe verbleibende Zeitrahmen bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode zu zählen sein, der aller Voraussicht nach weitestgehend ausgeschöpft werden muss.

Grundlage für die angestrebte Novellierung des Hochwasserschutzes im Wasserhaushaltsgesetz wird das diesbezügliche LAWA-Positionspapier sein. In Vorbereitung der Erstellung eines Gesetzentwurfs müssen die Einzelvorschläge aus dem Positionspapier jeweils noch einmal rechtlich geprüft werden. Das Positionspapier enthält diesbezüglich an einigen Stellen bereits Hinweise auf mögliche Herausforderungen. Es ist aber bereits

jetzt absehbar, dass es an manchen Stellen zu Abweichungen gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen kommen wird.

Für den Erfolg des Vorhabens ist daher die weitere Mitwirkung der Länder bereits in der Entstehungsphase des Gesetzesentwurfs von ganz entscheidender Bedeutung. Das BMUV hat dazu insbesondere die mit der damaligen Erstellung des LAWA-Positionspapiers befassten Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern erneut angesprochen und bittet die Länder um aktive Unterstützung.